

EFBH-RUNDSCHREIBEN

Dies ist eine Sonderausgabe des EFBH-Rundschreibens. Angesichts der Umstände ist ein großer Teil dieses Rundschreibens der COVID-19-Situation gewidmet, mit Nachrichten über die politischen Positionen und Aktionen der EFBH und Updates von unseren Mitgliedsorganisationen.

EFBH lanciert spezielle Webseite zu COVID-19

Covid-19 hat sich zu einer globalen Gesundheits- und Wirtschaftskrise entwickelt. Um seine Mitgliedsorganisationen zu unterstützen, beschloss die EFBH, eine spezielle Website zu COVID-19 einzurichten. Die Webseite ging am 26. März online. Auf der COVID-19-Webseite finden die Mitgliedsorganisationen einen Überblick über die in den verschiedenen Ländern getroffenen Vereinbarungen und umgesetzten Maßnahmen. Die Übersicht, die auf der Grundlage der von den Mitgliedsorganisationen erhaltenen Informationen erstellt wurde, wird regelmäßig aktualisiert.

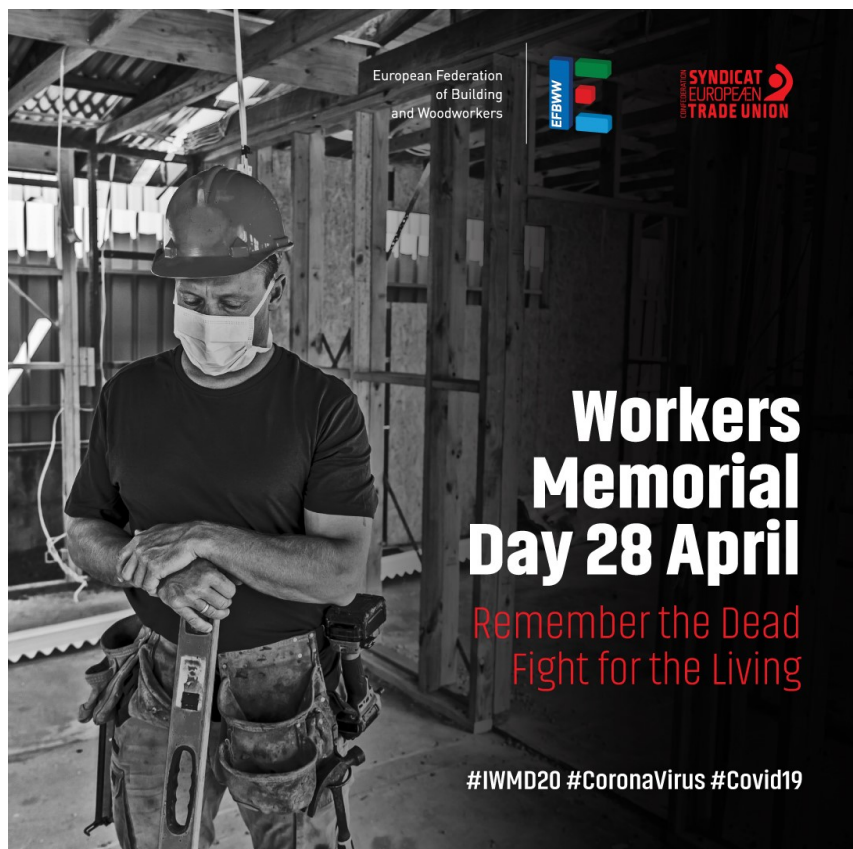
[Mehr Informationen](#)

EFBH feiert den Internationalen Arbeitergedenktag

Vor dem Hintergrund des Internationalen Arbeitergedenktags (IWMD) gaben der EGB und die ETUFs eine [gemeinsame Erklärung](#) zu den Auswirkungen des COVID-19 auf die Arbeitnehmer und die Gesellschaft ab. Es ist unerlässlich, der Toten zu

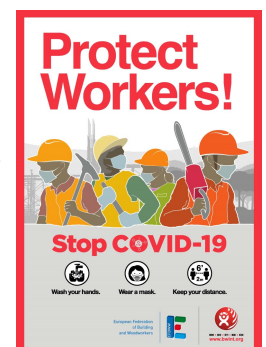
Inhalt:

COVID-19	1 - 3
COVID-19 Nachrichten von unseren Mitgliedsorganisationen	4 - 8
Nachrichten der EFBH	9 - 11



gedenken und für die Lebenden zu kämpfen sowie Gesundheits- und Sicherheitsgesetze und -vereinbarungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten. Die EFBH hat sich auch mit der BHI zusammengetan und einen [gemeinsamen Aufruf](#) zum Handeln veröffentlicht. Dieses Jahr lautet das Thema der Kampagne "Schützen Sie die Arbeitnehmer! Stoppt COVID-19". Die Botschaft ist dringend in einer Zeit, in der die europäischen Institutionen und viele Länder ihre Ausstiegsstrategien zur Wiederauf-

nahme der wirtschaftlichen Tätigkeit in unseren Industrien vorbereiten. EFBH und BWI bestehen darauf, dass wir nach dieser Krise nicht zum "business as usual" zurückkehren können und dass Gesundheit und Sicherheit immer an erster Stelle stehen sollten.



EFBH-Anweisung COVID-19

Die Debatte über die (Post-)COVID-19-Krisenmaßnahmen und die Post-Corona-Gesellschaft hat begonnen. Der EGB hat die sektoralen europäischen Gewerkschaftsverbände um Beiträge für die politische Diskussion gebeten. Maßnahmen von kurzfristigen Arbeitsprogrammen über neue Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften bis hin zu Investitionsentscheidungen als Teil der Konjunkturprogramme betreffen die EFBH-Sektoren zutiefst. Wir müssen sicherstellen, dass die Stimmen unserer Mitglieder in der europäischen Debatte gehört werden. Es ist Zeit für einen Wandel hin zu einem sozialeren Binnenmarkt. Es ist an der Zeit für einen gerechten Übergang zu einer arbeitnehmer- und klimafreundlichen EU. Der EFBH-Exekutivausschuss wird den Entwurf der Erklärung zu COVID-19 bei seiner Online-Sitzung am 26. Mai diskutieren und abändern.

EFBH veröffentlicht gemeinsame Erklärungen mit Arbeitgeberverbänden in ihren Branchen zu COVID-19

Der EFBH einigte sich mit den sektoralen Arbeitgeberverbänden des [Baugewerbes](#) (FIEC) und der [Holz- und Möbelindustrie](#) (CEI-Bois, UEA, EFIC, EPF und EOS) auf gemeinsame Erklärungen über die laufende COVID-19-Pandemie und ihre sanitären, sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Diese wichtigen Dokumente leisten einen Beitrag zu den aktuellen und zukünftigen Diskussionen, indem sie die Bedeutung des sozialen Dialogs auf europäischer und nationaler Ebene unterstreichen.

Die Bauindustrie



Die gemeinsamen Empfehlungen mit der FIEC stellen die Gesundheit, Sicherheit und hygienischen Bedingungen der Bauarbeiter in den Vordergrund. Sie berücksichtigen dabei die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer, Vorschläge zur Abfederung der negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser COVID-19-Krise und ihrer möglicherweise längerfristigen Auswirkungen, die Notwendigkeit, Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern auf nationaler und betrieblicher Ebene auszuhandeln, sowie Ausstiegsmaßnahmen, die die höchsten Standards für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz respektieren. Das Dokument enthält auch einige politische Empfehlungen.

Holzbearbeitungs- und Möbelindustrie



Die anerkannten europäischen Sozialpartnerorganisationen für die Holz- und Möbelbranche haben sich gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen aus dem Panel- und dem Sägewerkssektor auf Vorschläge geeinigt, wie die Arbeitnehmer bei

der Arbeit geschützt werden können und wie unsere Sektoren während der Krise unterstützt werden können und wie ihre Erholung gefördert werden kann.

Die gemeinsame Erklärung richtet sich sowohl an politische Entscheidungsträger als auch an die Sozialpartner auf nationaler und betrieblicher Ebene.

EGB lanciert COVID-19-Watch

Der EGB lancierte eine Reihe von Briefings im Rahmen ihrer COVID-19-Watch. Diese konzentrieren sich auf Informationen über die Auswirkungen von COVID-19 auf Arbeitsmärkte, ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen in ganz Europa. Die Briefings werden vom EGB mit Unterstützung des EGB und der dem EGB angeschlossenen Organisationen erstellt. Sie werden in regelmäßigen Abständen aktualisiert, wenn neue Maßnahmen angekündigt und umgesetzt werden. In diesen Briefings finden ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen die von den Regierungen mehrerer EU-Länder umgesetzten Maßnahmen zu vielen Themen, wie z.B. Steuererleichterungen, nationale Maßnahmen zur Vermeidung von Entlassungen und zur Unterstützung von Unternehmen, GrenzgängerInnen und anderen Themen.

[Mehr Informationen](#)



EGB warnt vor undemokratischer Gesetzgebung

in Ungarn

Der EGB äußerte seine Besorgnis über die Maßnahmen, die in Ungarn ergriffen wurden, um die wirtschaftlichen Folgen der Verbreitung von COVID-19 zu mildern. Das am 30. März verabschiedete Gesetz gibt dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán die Möglichkeit, den Ausnahmezustand auf unbestimmte Zeit zu verlängern, ohne die Zustimmung des Parlaments zu benötigen, und setzte bestimmte Gesetze aus, um "die öffentliche Gesundheit, die Sicherheit der Bürger und die Wirtschaft" zu gewährleisten. Der EGB sandte zwei Briefe: einen an den ungarischen Ministerpräsidenten und einen weiteren an die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Der EGB warnte Ursula von der Leyen, dass mit dieser Gesetzgebung das erste nicht-demokratische Land in der EU geschaffen wird. Auf die Frage nach einer Reaktion unserer ungarischen Mitgliedsorganisation EFÉDOSZSZ erklärte Gyula Pallagi, dass "für die Gewerkschaften das größte Problem die absolute Vernachlässigung des sozialen Dialogs durch die Regierung ist. Unter Hinweis auf den Notstand hat die Regierung das Arbeitsgesetz geändert und bestehende Tarifverträge untergraben, während selbst die Arbeitgeber die Notwendigkeit solcher Maßnahmen leugnen".

[Mehr Informationen](#)

ETUF-Empfehlungen für EBRs während der COVID-19-Krise

Die sektoralen Europäischen Gewerkschaftsföderationen (ETUFs) haben gemeinsam praktische Empfehlungen zum Thema "COVID-19 - Antizipation und Management der Auswirkungen in multinationalen Unternehmen" ausgearbeitet. Sie richten sich an Koordinatoren und Arbeitnehmervertreter in BVGs, EBRs und SE. Die Beteiligung der Arbeitnehmer durch Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung an Unternehmensentscheidungen ist wichtiger denn je, um die Gesundheit und Sicherheit sowie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise in den Griff zu bekommen. Eine zweite Empfehlung für Arbeitnehmervertreter enthält Ratschläge für den Umgang mit Verhandlungen zur Einrichtung (oder Erneuerung) einer EBR-Vereinbarung während der COVID-19-Krise. Sie können von der [EFBH-Website](#) heruntergeladen werden.

COVID-19 und seine geschlechtsspezifischen Auswirkungen

Viele Beschäftigte an der Frontlinie gegen COVID-19 sind weiblich. 70% der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen. Darüber hinaus sind die Beschäftigten in den Supermärkten, in der Altenpflege, im Reinigungsdienst usw. überwiegend Frauen. Die Schulen sind geschlossen und unsere Kinder sind zu Hause. In vielen Fällen müssen sich Frauen um sie kümmern.

Gleichzeitig zeigen Berichte, dass die Ausgangssperren in vielen Ländern zu einem dramatischen Anstieg der häuslichen Gewalt führen. Für viele Frauen und Kinder ist das Zuhause kein sicherer Ort. Der EGB fordert, dass die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie anerkennen.

Aus diesem Grund sind EGB und EFBH äußerst besorgt, dass die vorgeschlagene europäische Initiative zur Schließung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles auf Eis gelegt



wird. Dies wäre ein falsches Signal. In einer Reaktion gegenüber der Europäischen Kommission stellte Esther Lynch (EGB) klar, dass "*gleiches Entgelt eine Forderung des EU-Vertrags ist; es ist keine Schönwetteroption. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit, nach Covid-19 eine neue Normalität zu schaffen und gleiche und faire Bezahlung zu garantieren. In der gesamten EU sind Schlüsselkräfte in Sektoren, in denen überwiegend Frauen arbeiten, ungerechterweise unterbezahlt und unterbewertet*".

COVID-19-Nachrichten von unseren Mitgliedsorganisationen

(eine Auswahl findet Ihr in diesem Newsletter; einen vollständigeren Überblick findet Ihr auf der [Corona-webseite](#))

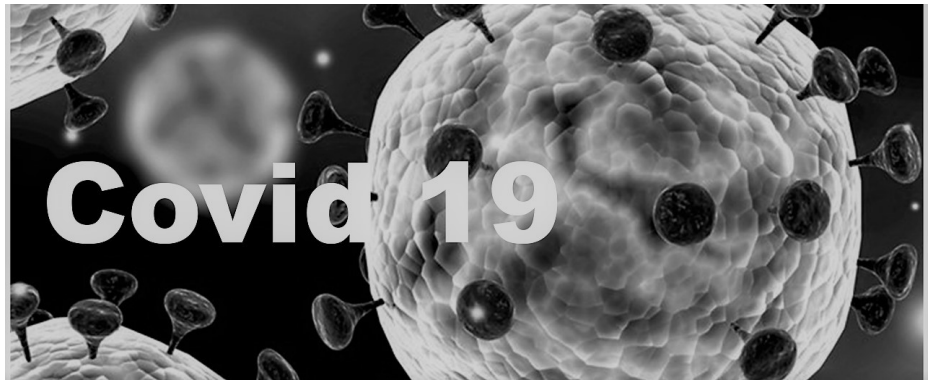
Die Arbeit der Gewerkschaften ist in dieser Krise von entscheidender Bedeutung. Der EFBH kontaktierte mehrere Mitgliedsorganisationen über den Stand der Dinge in ihren Ländern, über die Hauptschwierigkeiten, mit denen die ArbeitnehmerInnen und Unternehmen konfrontiert sind, über die in den einzelnen Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen und über die zentralen Forderungen und Anliegen der Gewerkschaften.

BELGIEN



Sozialpartner erzielen eine Einigung über den Bau in Belgien

Am 16. April, nach langen und harten Verhandlungen haben sich die Sozialpartner der Bauwirtschaft auf sichere Arbeitsbedingungen in der Bauwirtschaft geeinigt. Sie sehen vor, dass die Regeln zur sozialen Distanzierung vorrangig sind und bleiben. Darüber hinaus haben die Arbeitnehmer die Möglichkeit, den Antrag des Arbeitgebers abzulehnen, wenn in einem Gebäude gearbeitet werden soll, in dem ein oder mehrere Corona-Fälle festgestellt wurden, oder wenn der Arbeitnehmer durch ein ärztliches Attest nachweisen kann, dass er einer der Risikogruppen angehört. Nicht dringende Eingriffe und Tätigkeiten müssen nach wie vor erlaubt sein, vorausgesetzt, dass die Regeln der sozialen Distanzierung eingehalten werden. Ist dies nicht der Fall, kann die Arbeit ausgesetzt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben die Möglichkeit, Problemsituationen



an eine Kontaktstelle bei Constructiv, der paritätischen Organisation der Sozialpartner im Baugewerbe, zu melden. Die Verhandlungen über einen Branchentarifvertrag, der einen kollektiven Neustart der Bauwirtschaft am 4. Mai ermöglichen würde, dauern noch an (Stand 28. April). Einige der noch offenen Fragen betreffen die Organisation eines sicheren Transports der Arbeitnehmer auf die Baustelle, die Verantwortung der Arbeitgeber (oder seines Vertreters) auf der Baustelle und die Frage, wie die Gesundheit und Sicherheit der entsandten Arbeitnehmer geschützt werden können.

FINNLAND



Es wird Verzögerungen bei Projekten geben, warnt Rakennusliitto

In Finnland, und laut der finnischen Gewerkschaft Rakennusliitto, geht die Arbeit trotz der Einschränkungen normal weiter, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Auswirkungen der Krise noch nicht signifikant. Den meisten Unternehmen mangelt es weder an Material noch an Ar-

beitskräften. Dennoch warnt die Gewerkschaft davor, dass es zu Verzögerungen bei geplanten Projekten kommen wird, die Produktion sich verlangsamen wird und das Betriebskapital und die Finanzierung zurückgehen werden. Trotz der Tatsache, dass vorübergehende Änderungen im finnischen Recht in Bezug auf Entlassungsverfahren und Arbeitslosigkeit vorgenommen wurden, besteht Einvernehmen darüber, vorübergehende Entlassungen zu vermeiden, und die Arbeitgeber sehen die Bedeutung des Festhaltens an professionellen Arbeitskräften.

NIEDERLÄNDE



Gewerkschaften setzen Helpdesk in Aktion

In den Niederlanden ist seit März ein Protokoll in Kraft, das im April aktualisiert wurde. Teil dieses Protokolls ist ein Corona-Helpdesk, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer anrufen und per Email kontaktieren können. Es wurde eine Website eingerichtet, auf der eine umfangreiche Liste von Fragen und Antworten zu finden ist, aber auch z.B. das Proto-

koll mit Erläuterungen zum Tagesablauf der Fachkräfte. Die Informationen sind in mehreren Sprachen verfügbar. Die Gewerkschaften informieren die Menschen auch über ihre Webseiten, insbesondere über Fragen rechtlicher Art: über Kinderbetreuung, Urlaub und Gehalt. Wie in anderen Ländern wurden die Tarifverhandlungen ausgesetzt. Es gibt viele Regelungen für Unternehmen von der Regierung, die wichtigste davon ist die Notfallmaßnahme zur Überbrückung zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung (NOW). Diese stellt sicher, dass Arbeitgeber mit einem erheblichen Umsatzverlust drei Monate lang 90% ihrer Löhne zurückerstattet bekommen können. Darüber hinaus gibt es eine zusätzliche Entschädigung von 30% für die Kosten der Arbeitgeber.

DEUTSCHLAND



IG BAU drängt Arbeitgeberverbände zu Sicherheitsmaßnahmen

In Deutschland sind die laufenden Tarifverhandlungsrunden wegen der Corona-Krise unterbrochen worden. Die IG BAU setzt sich dafür ein, dass ihre Mitglieder gefahrlos und sicher arbeiten können und dass diejenigen geschützt werden, denen Arbeitszeitverkürzungen oder Arbeitsplatzverluste drohen.

Die IG BAU hat mit den Arbeitgeberverbänden über Hygienestandards zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus bei der Arbeit verhandelt und fordert die öffentlichen Auftraggeber auf, die Beschaffung von Bauleistungen fortzusetzen.

(<https://igbau.de/Die-Gesundheit-steht-an-oberster-Stelle.html>).

Die IG BAU informiert ihre Mitglieder - auch in verschiedenen Fremd-

sprachen - über die Folgen der Corona-Krise am Arbeitsplatz und ihre Rechte. Die IG BAU setzt sich für eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ein, damit nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Arbeitnehmer von den staatlichen Programmen profitieren.

IG Metall: Die Last der Krise wird von den Arbeitnehmern getragen

Die Auswirkungen von COVID-19 in der Holz- und Möbelindustrie in Deutschland sind in den Teilssektoren sehr unterschiedlich. Vorübergehende Produktionsstillstände sind begrenzt. Im März und April wurden in vielen Unternehmen die Arbeits-



zeitkonten abgebaut und fast das volle Monatseinkommen ausgezahlt. Mit der Kurzarbeit und dem staatlich geförderten Kurzarbeitergeld konnten Entlassungen jedoch bisher vermieden werden. Wie hoch die finanziellen Verluste für die Beschäftigten sein werden, hängt von der Dauer der Krise ab. Seit Montag, 20. April 2020 dürfen kleinere Geschäfte und Einrichtungshäuser in Teilen Deutschlands wieder eröffnen, was Hoffnung für die Zukunft gibt. Dennoch blickt die IG Metall besorgt in die Zukunft und warnt

davor, dass die Lasten der Krise letztlich von den Kollegen getragen werden: nicht nur mit Einkommensverlusten, sondern auch mit erschwerten Bedingungen - am Arbeitsplatz oder privat.

DÄNEMARK



Wanderarbeiter, die ohne Quarantäne nach Dänemark kommen

Bat Kartellet warnt davor, dass es viele neue Arbeitslose gibt und viele Auszubildende ihre "Praxiserfahrung" im dualen Berufsausbildungssystem verlieren. Die dänische Gewerkschaft signalisiert, dass dies ein großes Problem für die Menge

an zukünftigen Fachkräften sein wird, die das Land braucht. Die Gewerkschaft unternimmt Anstrengungen, um die Auszubildenden in Arbeit zu halten.

Bat Kartellet warnt davor,

dass es Vorfälle gegeben hat, bei denen Mitglieder Angst hatten, dem Virus ausgesetzt zu werden. Vor allem bei Wanderarbeitern, die nach Dänemark kommen und vom ersten Tag an arbeiten, während ein dänischer Arbeitnehmer, der aus dem Ausland nach Hause kommt oder Urlaub hat, zwei Wochen lang unter Quarantäne gestellt werden muss. Das Problem ist nicht gelöst, und Bat Kartellet versichert, dass sie politisch daran arbeitet, diese Gefahr von allen Mitgliedern fernzuhalten. Die dänische Gewerkschaft erklärt,

dass sich ein Großteil ihrer Lobbyarbeit darauf konzentriert, wie die Wirtschaft am Laufen gehalten und die Zukunft gesichert werden kann.

UNGARN



ÉFÉDOSZSZ besorgt über wirtschaftliche Verlangsamung

In Ungarn ist der Bausektor wegen des Coronavirus nicht zum Stillstand gekommen. Die Baustellen sind noch immer offen, Zementwerke und Ziegelfabriken produzieren weiter, und es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Gefahr einer Kontamination zu mindern. Obwohl die Zahl der Infizierten und Verstorbenen in Ungarn nicht so dramatisch ist wie in anderen Ländern, sind die wirtschaftlichen Auswirkungen laut ÉFÉDOSZSZ spürbar. Die Gewerkschaft erklärt, dass die Intensität der Vorbereitung neuer Projekte abnimmt und immer mehr Projekte gestoppt werden. Die Logistik wird zum Problem, die Beschaffung von Rohstoffen verlangsamt sich und verteuert sich. Immer mehr Subunternehmer stellen ihre Arbeit ein, vor allem in Budapest, da aufgrund der Ausbreitung der Epidemie immer weniger Menschen vom Land kommen. Die Wanderarbeiter reisten sofort ab, als die Schließung der Grenze angekündigt wurde, was die durch den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften verursachten Probleme noch verschärft. Es besteht auch die Befürchtung, dass die Zahl der staatlichen und kommunalen Aufträge dramatisch zurückgehen wird. ÉFÉDOSZSZ betont, dass Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung erforderlich sind und dass die Verhandlungen mit der Regierung begonnen haben.

FRANKREICH



Französische Gewerkschaften besorgt über Maßnahmen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz

Seit dem 17. März haben die Unternehmen der Baubranche ihre Tätigkeit eingestellt. Nur noch dringende und notwendige Reparaturarbeiten waren erlaubt. Viele Arbeiter wurden vorübergehend in Teilarbeitslosigkeit versetzt. In letzter Zeit haben die Unternehmen ihre Tätigkeit langsam, aber allmählich wieder aufgenommen. Dies muss innerhalb eines strengen ordnungspolitischen Rahmens geschehen, der von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Regierung ausgehandelt wurde. Die Regeln sind in einem Leitfaden niedergeschrieben. Die zu befolgenden Maßnahmen wurden in Leitfäden gesammelt, die auf der Ebene der einzelnen Branchen ausgehandelt wurden.

CFDT Construction nahm an den Verhandlungen über die verschiedenen Leitfäden für Gesundheits- und Sicherheitsempfehlungen für die Kontinuität der Bautätigkeit teil und besteht darauf, dass die Regeln sehr klar und sehr streng sind. Die COVID-19-Pandemie hat nach Angaben von CFDT Construction noch eine weitere Auswirkung gehabt. Die CFDT stellt fest, dass der soziale Dialog in vielen Unternehmen wieder in den Vordergrund gerückt ist. Dies ist nach Ansicht der CFDT eine sehr interessante Entwicklung. Gewerkschaftsvertreter spielen eine aktive Rolle bei der Suche nach Lösungen auf Unternehmensebene, um den Einkommensschutz für Arbeitnehmer bei vorübergehender Teilarbeitslosigkeit zu gewährleisten und

sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu garantieren.

Für die FNSCBA CGT unternimmt die französische Regierung alle Anstrengungen, um die Rückkehr an den Arbeitsplatz zu beschleunigen. Die FNSCBA CGT lehnte daher die Annahme des Leitfadens ab und ist der Ansicht, dass vorerst nur lebenswichtige Berufe arbeiten dürfen. Und die einzigen lebenswichtigen Berufe sind diejenigen, die es ermöglichen, die Pandemie zu bekämpfen und die wesentlichen und dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung und der Nation zu gewährleisten. Für die FNSCBA CGT ist es klar, dass alle anderen Tätigkeiten nicht als wesentlich betrachtet werden können. Die Bauberufe sind bereits heute von 1 Todesfall pro Arbeitstag und einem schweren Unfall alle 5 Minuten betroffen. Für den FNSCBA CGT wäre es unverantwortlich, Krankenhäuser zu überlasten oder Schutzausrüstungen von Pflegepersonal und Patienten zu entfernen.

GB



Unite kritisiert die britische Regierung wegen schwacher Führung bei den Sicherheitsbedingungen

Unite hat sich dafür eingesetzt, dass die Arbeitnehmer während der COVID-19-Pandemie sowohl finanziell als auch physisch umfassend geschützt werden. Unite war maßgeblich daran beteiligt, die Regierung davon zu überzeugen, das „Job Retention Scheme“ (JRS) zu entwickeln, das Unternehmen finanziert, Arbeitnehmer mit 80% ihres Gehalts zu „beurlauben“, um Arbeitsplätze zu retten.

Da jedoch mehr als die Hälfte der Bauarbeiter offiziell selbstständig sind, deckte die JRS sie nicht ab, so dass Unite auch erfolgreich Lobbyarbeit bei der Regierung betrieb, um eine Regelung für Selbstständige einzuführen, nach der sie während des Urlaubs, der nun bis Ende Juni verlängert wurde, einen Zuschuss von bis zu 2.500 Pfund pro Monat erhalten. In Bezug auf die Standortsicherheit hat Unite argumentiert, dass die Behörden für die Schließung von Standorten sorgen sollten, wenn die Standorte keine soziale Distanzierung für alle Arbeitnehmer erlauben.



Die Gewerkschaft ist der Ansicht, dass ihre Aufgabe durch eine mangelhafte und schwache Leitlinie erschwert wurde, die im Namen der Regierung in Umlauf gebracht wurde und es den Bauarbeitern erlaubt, "bis zu 15 Minuten im Abstand von weniger als zwei Metern zu arbeiten". Unite hat in einem Schreiben an die Regierung die Rücknahme dieser Leitlinien gefordert und außerdem eine Hotline und eine umfassende Kampagne in den sozialen Medien gestartet, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer, die um ihre Gesundheit und Sicherheit besorgt sind, Unite mit dem Versprechen

informieren können, dass sie dann auf ihre Bedenken reagieren wird.

IRLAND



SIPTU verhandelte Zahlungen mit Arbeitgebern

In Irland wurden zwar alle nicht lebensnotwendigen Dienste ab dem 22. März geschlossen, als die Regierung neue Beschränkungen ankündigte, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen. Der Betrieb der meisten Baustellen wurde jedoch fortgesetzt, da die Industrie als systemrelevanter Sektor angesehen

wurde. Die Situation änderte sich jedoch einige Tage später: Am 28. März wurden weitere Einschränkungen angekündigt, die dazu führten, dass alle Baustellen geschlossen wurden, mit Ausnahme derjenigen, die im Kampf um die Eindämmung des Virus als wesentlich erachtet wurden.

Die beurlaubten Arbeitnehmer erhielten entweder eine COVID-19-Zahlung oder ein vom Unternehmen beantragtes befristetes Lohnzuschussprogramm.

Die Verhandlungen zwischen SIPTU und großen Unternehmen führten zu mehreren Vereinbarungen über die Zahlung einer zusätzlichen Zah-

lung an die Mitglieder. Dazu gehörten Kilsaran International, Roadston, O'Neill & Brennan und Wall's. Es wurden Änderungen in Bezug auf den Safe Pass vorgenommen, eine obligatorische Lizenz, die für die Arbeit auf Baustellen erforderlich ist, was bedeutet, dass der Pass während der COVID-19-Notstandsperiode nicht abläuft. Dadurch wird sichergestellt, dass die Arbeiter nicht daran gehindert werden, eine geordnete Rückkehr zur Arbeit für Bauarbeiter durchzuführen, sobald ein Protokoll erstellt wurde.

LUXEMBURG



OGBL Bâtiment überwachen die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften auf Baustellen

Nachdem die Regierung am 20. März beschlossen hatte, alle Bautätigkeiten in Luxemburg auszusetzen, stellten fast alle Unternehmen die Arbeit ein.

Rund 35.000 Beschäftigte in diesen Sektoren konnten Kurzarbeit in Anspruch nehmen, die ihnen 80% ihres normalen Gehalts garantiert. Dieser Betrag wird vom Staat gezahlt.

Inzwischen sind die Baustellen ab dem 20. April 2020 wieder geöffnet. Die Sozialpartner erörterten mit dem Arbeitsminister die Gesundheits- und Sicherheitsstandards, die dann in eine Regierungsverordnung aufgenommen wurden. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber haben auch eine Vereinbarung über die Regeln für den Personentransport unterzeichnet, um die Zahl der Fahrgäste in den Firmenfahrzeugen zu begrenzen. Es gab keine Abweichungen von Tarifverträgen aufgrund von Covid-19.

Das OGBL führt derzeit mit Personal-delegierten Überwachungsarbeiten auf den Baustellen durch, um die Arbeiter daran zu erinnern, wie wichtig die strikte Einhaltung aller Gesundheitsvorschriften ist.

ITALIEN



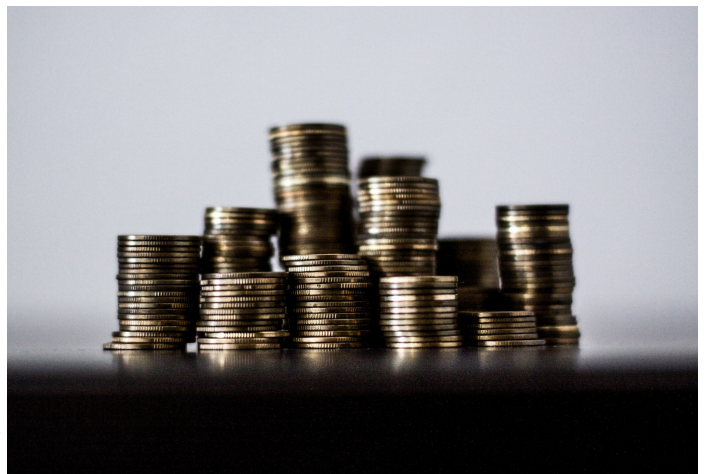
Italienische Gewerkschaften unterzeichnen Protokoll zur sicheren Wiederaufnahme der Bautätigkeit

Die Baustellen in der Region Lombardei in Norditalien sind seit dem 7. März ausgesetzt, mit Ausnahme dringender und notwendiger Aktivitäten wie dem Bau neuer Strukturen für den Bedarf von Covid-19. In allen anderen italienischen Regionen setzten sie ihre Tätigkeit fort, da der Bausektor nach dem Ateco-Gesetz zu den wesentlichen Aktivitäten zählt, die nicht ausgesetzt werden dürfen. Dennoch war es sehr schwierig, auf den Baustellen einige von der Regierung erlassene Bestimmungen wie die sozialen Distanzierungsmaßnahmen einzuhalten. Auf nachdrücklichen Wunsch der italienischen Gewerkschaften und nach vielen dreiseitigen Diskussionen beschloss die italienische Regierung, dass Baustellen in Italien vom 25. März bis zum 13. April vorübergehend ausgesetzt werden müssen. Nur Bautätigkeiten im Zusammenhang mit den Erfordernissen von COVID-19 und Baustellen, die nachweisen konnten, dass alle Bestimmungen zur Gesundheit und Sicher-

heit der Arbeitnehmer eingehalten werden können, durften fortgesetzt werden. Die Aussetzung wurde anschließend bis zum 3. Mai verlängert. Mit dem letzten Erlass vom April konnten öffentliche Baustellen - z.B. für den Bau von Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen - ab 27. April wieder aufgenommen werden, während private Baustellen erst ab 4. Mai wieder aufgenommen werden. Auch in der Holz-, Forst- und Möbelindustrie sowie in der Zement- und Baustoffindustrie wurden die Aktivitäten erheblich reduziert oder vorübergehend eingestellt. Auch diese Industrien werden ihre Tätigkeit am 4. Mai wieder aufnehmen. Die italienischen Gewerkschaften haben in der vergangenen Woche mit allen Kollegen ein Protokoll für eine sichere Wiederaufnahme der Arbeit unterzeichnet. Alle Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen müssen eingehalten werden, d.h. soziale Abgrenzungsmaßnahmen, Atemschutzmasken müssen verfügbar sein, usw.. Es wurden besondere Maßnahmen ergriffen, um das Einkommen und das Gehalt der Arbeitnehmer zu unterstützen. Diese Maßnahmen gelten auch für Zeitarbeiter und atypische Arbeitnehmer. Das Verbot der Entlassung von Arbeitnehmern für 60 Tage ab Inkrafttreten des

Dekrets und die Aussetzung der Verfahren für Massenentlassungen begannen bereits vor der Covid-19-Krise.

Es besteht auch die Möglichkeit eines außerordentlichen Elternurlaubs für insgesamt 15 Tage, der alternativ zwischen den beiden Elternteilen mit Kindern bis zu 12 Jahren oder einem Gutschein über 600 € für Babysitting in Anspruch genommen werden kann.



Dies ist nur ein begrenzter Überblick. In einer der nächsten Ausgaben des Newsletters werden wir anderen Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit geben, ihre Geschichten zu erzählen.

Wenn Ihr Neuigkeiten oder Beiträge haben, zögert nicht, euch an pcravina@efbww.eu zu wenden.

Nachrichten der EFBH

EFBH jetzt auf einer sozialen Plattform in Eurer Nähe

Die Generalversammlung in Wien beschloss, dass die EFBH eine proaktivere Kommunikationsstrategie verfolgen sollte. Dies ist in der COVID-19-Krise und in der Ära der "fake news" umso wichtiger. Die EFBH möchte ihre Mitgliedsorganisationen erreichen und näher bei ihnen sein. Paula Cravina de Sousa hat ihre Funktion als Kommunikationsbeauftragte der EFBH am 1. April aufgenommen. Erfolgreich zu kommunizieren, bedeutet auch, in allen wichtigen sozialen Plattformen präsent zu sein, so dass Ihr die EFBH jetzt bei [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Twitter](#) und [Instagram](#) findet. Unsere Social-Media-Plattformen werden von nun an schrittweise ausgebaut und regelmäßig aktualisiert. Schaut vorbei und klickt den Like-Button. Ziel ist es, unsere Stimme lauter klingen zu lassen, ihre Bedeutung sichtbar zu machen und ihren Einfluss zu verstärken.

Mindestlöhne: Zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner durch die EU-Kommission

Am 10. Juni wird die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine mögliche Initiative zu Mindestlöhnen in der EU vorlegen. Damit beginnt die zweite Phase der europäischen Sozialpartner-Konsultation. Damit die EFBH unserer sektoralen Stimme in der Antwort des EGB gegenüber der Kommission Gehör verschaffen kann, müssen wir uns an einen sehr strengen Zeitplan halten. Der EFBH-Exekutivausschuss wird unsere Änderungsanträge zum EGB-

Antwortentwurf und in einem zweiten Schritt die Abstimmung über die endgültige EGB-Antwort diskutieren. Die Grundlage für unsere interne EFBH-Diskussion zu diesem Thema ist die [Resolution](#) "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in den EU-Ländern", die bei der Generalversammlung in Wien angenommen wurde, und unser [Positionspapier](#) zu Tarifverhandlungen und Mindestlöhnen. Wie in der ersten Konsultationsphase wird die EFBH eine gemeinsame europäische Gewerkschaftsposition anstreben, die auf einem Konsens beruht.

EFBH bereitet ihre Stellungnahme zum Europäischen Green Deal vor

Das EFBH-Sekretariat bereitet ein gemeinsames Positionspapier zum European Green Deal (EGD) vor, das alle unsere Industriezweige einschließt: Bau, Holz, Möbel, Forstwirtschaft und Baumaterialien. Das Positionspapier zum European Green Deal wird in Form einer Broschüre veröffentlicht werden. Zusätzlich wird ein 2-3-seitiges Faltblatt vorbereitet. Das Faltblatt wird die EGD-Broschüre zusammenfassen und unsere Hauptaktionspunkte enthalten. Neben der Hauptbroschüre und dem Faltblatt zum Europäischen Grünen Deal planen wir auch die Entwicklung spezifischer Positionspapiere zu ausgewählten wichtigen Themen, wie z.B. die In-

dustriestrategie der EU, den Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft, die Renovierungswelle, das CO₂-Grenzausgleichssystem usw. Im vergangenen Monat veröffentlichte die Europäische Kommission Mitteilungen über die Industriestra-



tegie und den Aktionsplan der EU zur Kreislaufwirtschaft. Als Teil unserer internen Strategie planen wir, in den kommenden Monaten Konsultationsprozesse und Diskussionen mit unseren Mitgliedern zu den oben genannten Themen einzuleiten.

Ende des EFBH-FIEC-AEIP-Projekts "Auf dem Weg zu einem Neubeginn der Arbeitsbeziehungen im Bauwesen in den mittel- und osteuropäischen Ländern" (TANSIRC)

Im Jahr 2019 starteten die europäischen Sozialpartner der Bauindustrie und die European Association for Paritarian Institutions ein zweijähriges Projekt mit dem Ziel, die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen in der Bauindustrie in den mittel- und osteuropäischen Ländern aufzubauen und zu stärken. Das Projekt wurde von der EFBH geleitet. Nun muss bewertet werden, was erreicht wurde und wie wir weiter vorgehen sollten.

Zum ersten Mal haben wir ein klares Bild von den Stärken, Schwächen, Chancen und Bedrohungen (SWOT) der nationalen Modelle der Arbeitsbeziehungen in der Bauwirtschaft in Bulgarien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Kroatien. Obwohl jedes Land ziemlich einzigartig ist und einen spezifischen politischen, rechtlichen und administrativen Rahmen hat, gibt es einige gemeinsame Herausforderungen. In erster Linie haben alle Organisationen, ob Arbeitgeber- oder Gewerkschaftsorganisationen, Schwierigkeiten, aktive Mitglieder zu gewinnen und zu halten. In mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern bietet der bestehende Rechtsrahmen den Sozialpartnern eine begrenzte Autonomie bei der Regulierung ihres eigenen Arbeitsmarkts. Insbesondere die ordnungsgemäße Durchsetzung der bestehenden gesetzlichen und konventionellen Vorschriften ist nach wie vor

schwierig. Insgesamt sehen wir auch, dass viele Sozialpartner der Bauwirtschaft gemeinsame politische Herausforderungen haben. Zusammenfassend können wir folgende nennen: Gewährleistung sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen, angemessene Regulierung des Zugangs zum Arbeitsmarkt im Baugewerbe (öffentliches Auftragswesen), Verbesserung der Sozialstandards, Bekämpfung ungesetzlicher Arbeitsformen und Schaffung eines nachhaltigen Rahmens für das System der Arbeitsbeziehungen auf der Grundlage der Parität.

Da sich die Partner dieses Projekts zu einem langfristigen Engagement verpflichtet haben, soll eine Fortführung des Projekts für den Zeitraum 2021-2022 gewährleistet werden. Dieses Mal wird der Europäische Arbeitgeberverband der Bauindustrie (FIEC) die Führung übernehmen.

OSE und ETUI veröffentlichen Jubiläumsausgabe - Sozialpolitik in der Europäischen Union 1999-2019

1999 begannen das Europäische Sozialobservatorium (OSE) und das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) mit der Veröffentlichung der Studie „Sozialpolitik in der EU: Stand der Dinge“. Ziel war es, einen Beitrag zur Debatte über wichtige Entwicklungen in der EU-Sozialpolitik zu leisten. In diesem Jahr veröffentlichten OSE und ETUI eine Jubiläumsausgabe: „Sozialpolitik in der Europäischen Union 1999-2019: der lange und kurvenreiche Weg“. Das Buch blickt auf die wichtigsten Entwicklungen in der EU-Sozialpolitik der letzten zwei Jahrzehnte zurück. Diese Ausgabe analysiert die Windun-

gen und Wendungen eines sozialpolitischen Paradigmas, das ständig von finanziellen Erwägungen überschattet wird. Zu den Schlüsselfragen gehören: Welchen Platz hatte die soziale Dimension während der Finanz- und Wirtschaftskrise? Wer hat die sozialpolitische Entscheidungsfindung in der EU vorangetrieben und wer hat sie gebremst?



Was sind die nächsten Schritte bei der weiteren Umsetzung der sozialen Dimension der EU, insbesondere im Zusammenhang mit der Europäischen Säule der sozialen Rechte? Trotz vieler optimistischer Äußerungen der EU-Staats- und Regierungschefs bleibt die Sozialpolitik ein "nice to have" - wenn der wirtschaftliche und politische Kontext es zulässt - und kein "must have".

[Mehr Informationen](#)

Europäische Woche der beruflichen Fertigkeiten

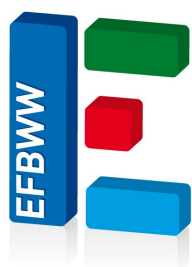
Die Europäische Woche der beruflichen Fertigkeiten ist eine jährliche Veranstaltung, bei der lokale, regionale oder nationale Organisationen das Beste aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung präsentieren. Diese Initiative wurde 2016 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um die sichtbaren Erfolge der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung zu präsentieren. Das Europäische Parlament hat die Europäische Kommission außer-

dem aufgefordert, ihre Arbeit zur Sensibilisierung für die Vorteile einer hochwertigen Berufsbildung zu verstärken. Nun ist die Veranstaltung zu einer Austauschplattform für Akteure der Berufsbildung in ganz Europa und darüber hinaus geworden. Die nächste Ausgabe findet vom 09. bis 13. November 2020 in Berlin statt. Sobald Ihr Eure Pläne für die diesjährigen Berufsbildungsaktivitäten kennt, meldet diese bitte im Rahmen der Europäischen Woche der beruflichen Bildung 2020 an. [Anmeldungen](#) sind ab sofort möglich.

Darüber hinaus bittet die Europäische Kommission um einen Beitrag zu [einer kurzen Umfrage](#) zum Meinungsaustausch über die vergangenen Europäischen Berufsqualifikationswochen (2016-2019).

EFBWW Meeting schedule until 30 June – Corona update

Date	Meeting	Status
27 April	Auditing Committee	Postponed
27-28 April	Social dialogue seminar on OH&S	Postponed
4 May	Standing Committee Building	Videoconference
5 May	EFBWW Women's network	Videoconference
12 May	Cross-sectoral Strategic Group on MW	Postponed
13 May	EFBWW EWC Coordinators Group	Videoconference
18 May	Social dialogue Wood - plenary meeting	Videoconference
19 May	Social dialogue Furniture - plenary meeting	Videoconference
26 May	Executive Committee	Videoconference
28 May	Social dialogue FIEC -WP Employment	Videoconference
June	Safety and Health Open expert meeting	Postponed
12 June	BWI European Regional Women's Committee and EFBWW Women's Network	Postponed
25 June	Supply chain project steering group	Videoconference



Visit us on the web
www.efbww.eu

